



Überraschung in Jordanien: Bei den Parlamentswahlen schneiden die Islamisten schlecht ab

von Michael Bröning & Jasmin Gerau, FES Jordanien

- Die jordanischen Parlamentswahlen vom 20. November wurden von Beobachtern als weitestgehend frei und fair bezeichnet. Unabhängigen Quellen zufolge kam es lediglich zu kleineren Unregelmäßigkeiten.
- Das neu gewählte Parlament setzt sich überwiegend aus königstreuen Repräsentanten tribaler Strukturen zusammen, die kaum ein Gegengewicht zur Regierung – geschweige denn zum Königshaus – darstellen werden.
- Entgegen allen Erwartungen verlor der politische Arm der Muslimbruderschaft *Islamic Action Front* (IAF) massiv Wählerstimmen und stellt nun lediglich sechs von 110 Abgeordneten. Das Modell der weitgehenden Einbindung des politischen Islam in das politische System des Haschemitischen Königreichs geht daher einer ungewissen Zukunft entgegen.
- Der Anteil von Frauen im neu gewählten Parlament erreicht mit 6,4 Prozent einen neuen Höchststand. Ausschlaggebend hierfür ist eine Frauenquote. Die Wahlbeteiligung lag bei 54 Prozent.

Das neue Parlament: Ein politisches Leichtgewicht?

In der Nacht des 20. Novembers wurde in der jordanischen Hauptstadt Amman bis in die Morgenstunden gefeiert: Mit Autokorssos, Hupkonzerten und nächtlichen Feuerwerken feierten die siegreichen Kandidaten lautstark ihren Einzug in das soeben neu gewählte Parlament.

Die Freude jedoch war alles andere als allgemein: Vor allem den Kandidaten der *Islamic Action Front* (IAF), dem politischen Arm der Muslimbruderschaft, war ganz und gar nicht nach Feiern zu Mute. Die IAF gilt traditionell als die professionellste und mitgliederstärkste Partei des Landes, wird aber künftig gerade einmal mit sechs Kandidaten im Parlament vertreten sein. Dies ist das schlechteste Ergebnis seit 1989 und setzt ein Fragezeichen hinter das bisher in Jordanien praktizierte Modell der weitgehenden Einbindung des Politischen Islam in den politischen Prozess. Völlig unvorbereitet traf das Wahlergebnis jedoch nicht nur

die Kandidaten der IAF, sondern auch politische Beobachter jeglicher Couleur. Experten hatten im Vorfeld prognostiziert, dass 15 bis 17 Kandidaten der 22-Personen starken IAF-Liste den Sprung ins Unterhaus schaffen würden.

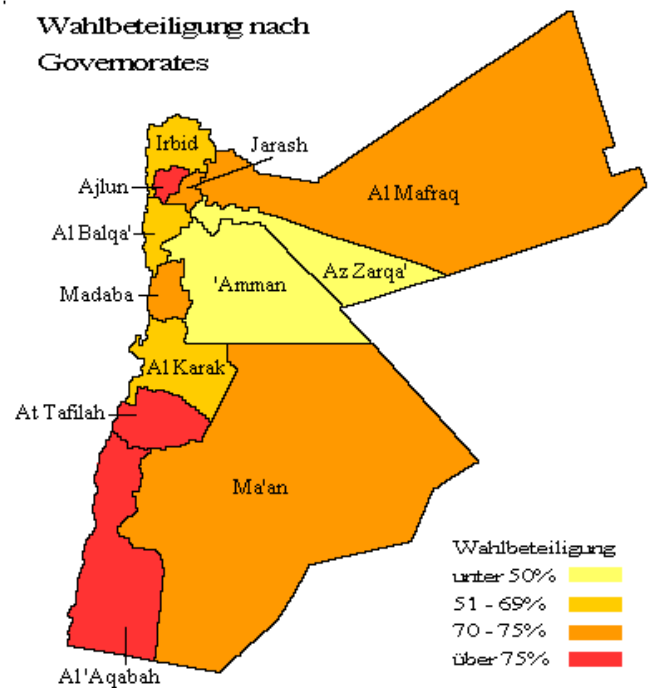
Die Mehrheit im neu gewählten Parlament besteht nun – noch eindeutiger als zuvor – aus königstreuen und tribal unterstützten Abgeordneten, die nicht oder nur geringfügig miteinander kooperieren und kein wirkliches Gegengewicht zur Regierung – geschweige denn zum Königshaus – bilden werden.

Für den Erfolg der königstreuen tribalen Kandidaten zeichnet vor allem das in den 45 Wahlkreisen des Königreichs geltende „one-man, one-vote Wahlrecht“ verantwortlich. Da jedem Wähler nur eine einzige Stimme zur Verfügung steht, fällt die Wahlentscheidung in der Regel nicht nach ideologischen Gesichtspunkten, sondern zugunsten eines Familienmitglieds. Häufig fallen Großfamilien ihre Wahlentscheidung

in regelrecht formalen Familien- und Stammeskonferenzen, in denen die Kandidatur eines einheitlichen Familienrepräsentanten beschlossen wird. Darüber hinaus werden durch den Zuschnitt der Wahlkreise tribale Kandidaten der ländlichen Gebiete strukturell überrepräsentiert. Dies ist kein Zufall, denn ländliche Kandidaten gelten nach wie vor als königsnah, während urbane Zentren stärker von palästinensischen Jordaniern dominiert werden. Dieses anti-palästinensische Gerrymandering führt dazu, dass die Bevölkerung im neuen Parlament lediglich verzerrt repräsentiert ist. Hieran kann auch das in Jordanien eingeführte spezielle Quotensystem kaum etwas ändern, das 9 Sitze für Christen, 9 für Beduinen und 3 für Tscherkessen reserviert. Neben diesen tendenziell stark königstreuen tribalen Abgeordneten repräsentiert das neue Parlament zugleich eine jüngst einflussreich gewordene jordanische Business-Elite.

Obwohl die Anzahl der Kandidaten umfangreich war (so konkurrierten rund 900 Kandidaten um 110 Sitze), blieb die Wahlbeteiligung relativ gering: Lediglich etwas mehr als die Hälfte der 2,5 Millionen registrierten Wahlberechtigten (54%) gaben tatsächlich ihre Stimme ab. Die Wahlbeteiligung schwankte dabei extrem von Region zu Region (siehe Abbildung 1): Im Süden, traditionell insgesamt stärker königsloyal und tribal geprägt, lag die Wahlbeteiligung mit bis zu 82% weit höher als in den städtischen Zentren Amman und Zarqa. In Amman war die Beteiligung in einigen Distrikten so niedrig (32%), dass die Wahllokale länger geöffnet werden mussten, um das erforderliche Quorum zu erreichen. Dabei war der Wahltag von der Regierung eigens zum Feiertag erklärt worden, um die Partizipation zu erhöhen.

Abbildung 1: Wahlbeteiligung in Jordanien



Insgesamt zeigte sich, dass die Wahlbeteiligung bei den Parlamentswahlen geringer ausfiel als bei den im Juli abgehaltenen Kommunalwahlen. Dies spricht Bände über den Status und über die Relevanz des jordanischen Parlaments in den Augen der Öffentlichkeit. Zugleich ist jedoch festzuhalten, dass eine Beteiligung in dieser Höhe im regionalen Vergleich als relativ positiv bezeichnet werden kann.

Die Wahlverlierer: Frauen, Parteien und Politischer Islam

Als größter Wahlverlierer gilt die islamisch argumentierende *Islamic Action Front* (IAF). Von ihren 22 Kandidaten schafften lediglich sechs den Sprung ins Parlament. Dies sind elf Abgeordnete weniger als im letzten Parlament. Für eine Partei, die den Anspruch erhebt, bei fairen und völlig freien Wahlen eine Mehrheit erringen zu können, ist dieses Ergebnis ein Schock (zu den Ursachen siehe unten). Neben der IAF sind jedoch die politischen Parteien Jordaniens insgesamt als Wahlverlierer zu bezeichnen.

Über die sechs Abgeordneten der IAF hinaus wird dem Parlament kein einziger Abgeordneter angehören, der als Repräsentant einer Partei ins Rennen gegangen war. Das Parlament ist vor diesem Hintergrund weitgehend entpolitisiert. Eine Ursache für das schwache Abschneiden der Parteien ist neben dem „one-man, one-vote“ System auch in den verschärften Rahmenbedingungen auszumachen, mit denen Parteien in Jordanien seit einiger Zeit konfrontiert sind. So verabschiedete das Parlament im März des Jahres ein Parteiengesetz, das die Anzahl der Gründungsmitglieder einer Partei von 50 auf 500 anhebte und ein jährliches Vorsprechen jedes Parteimitglieds bei den Sicherheitsbehörden verpflichtend machte. Dies sind alles andere als optimale Bedingungen für eine aktive Parteienlandschaft.

Darüber hinaus müssen die jordanischen Frauen insgesamt als Wahlverliererinnen bezeichnet werden. Obwohl insgesamt 199 Kandidatinnen zur Wahl standen, konnte lediglich eine einzige direkt gewählte Kandidatin ins Parlament einziehen. Sechs weiteren Frauen gelang der Sprung ins Parlament über eine landesweite Frauenquote. Dies ist ein ernüchterndes Ergebnis angesichts der Tatsache, dass Jordanien verfassungsrechtlich die Gleichstellung der Geschlechter postuliert. Die Wahlen haben gezeigt, dass Frauen in der Verfassungswirklichkeit nach wie vor kaum über Partizipationschancen verfügen.

Hintergrund: Ein (politisch) heißer Sommer

Die Jordanier waren im November nicht zum ersten Mal in diesem Jahr aufgefordert, ihre Stimmen abzugeben: Am 31. Juli 2007 wurden in den 12 Regierungsbezirken des Königreichs die Bürgermeister und Gemeinderäte gewählt, wobei der Großraum Amman erneut eine Ausnahme bildete. Hier wurde lediglich die Hälfte der Gemeinderatsmitglieder gewählt, während die andere Hälfte und der Bürgermeister Ammans per Dekret vom König ernannt wurden.

Landesweit standen insgesamt 2.700 Kandidaten für die 929 zu vergebenden Abgeordnetensitze zur Wahl. Eine neu eingeführte Quote reservierte 211 dieser Sitze für Frauen. Dies führte zwar dazu, dass der Anteil der Kandidatinnen mit 13,4% relativ hoch war, jedoch schaffte lediglich eine einzige Frau den Sprung in ein Bürgermeisteramt. 20 Frauen (etwa 10%) erzielten ein Direktmandat für den Gemeinderat, während der Rest der Frauen über die eingeführte Frauenquote einen Sitz erlangte.

Überschattet wurden die Kommunalwahlen dabei von einem Skandal: So zog die *Islamic Action Front* nach wenigen Stunden und mitten im Wahlgang ihre Kandidaten aus der Wahl zurück. Der Vorwurf: Die Regierung betreibe Wahlmanipulation und habe Angehörige des Militärapparats von Wahllokal zu Wahllokal transportiert, um den Einfluss der IAF zu beschneiden. Diese Vorwürfe erhärteten sich in den folgenden Wochen und wurden von zahlreichen Beobachtern bestätigt. Die Regierung konterte den Rückzug der IAF mit dem Vorwurf, sich aus wahltaktischen Gründen im Hinblick auf die anstehenden Parlamentswahlen als einzig authentische und verfolgte Opposition gerieren zu wollen.

Diese Eskalation ereignete sich vor dem Hintergrund, dass die Kommunalwahlen von Entscheidungsträgern inoffiziell als Testlauf für die Parlamentswahlen ausgegeben worden waren, in dem sich die Regierung ein Bild von der Stärke der IAF machen konnte. Dass die IAF ihre Kandidaten mitten im Wahlgang zurückzog, bedeutete zwar einerseits das Ende der Testwahl ohne verlässliches Ergebnis, führte jedoch zugleich zu einem politisch bedeutsamen Machtkampf sowohl innerhalb der IAF als auch zwischen IAF und Regierung. Diesen Machtkampf entschied die Regierung für sich – und so war die Botschaft aus den Kommunalwahlen für die IAF im Hinblick auf die Parlamentswahlen klar. Unter dem Druck der Regierung stellte die IAF lediglich moderate Kandidaten für die Parlamentswahlen auf und

schickte nur eine geringe Anzahl von Kandidaten ins Rennen.

Vor dem Hintergrund dieser Entwicklungen war die Begeisterung weiter Teile der jordanischen Bevölkerung jedoch relativ gering, erneut an Wahlen teilzunehmen.

Der Wahlkampf: Vollgas im Leerlauf?

Am 20. August beendete König Abdullah II. anhaltende Spekulationen: Per Dekret löste er das 14. Parlament auf und kündigte Neuwahlen für den Spätherbst des Jahres an. Die Kandidaten hatten daher zwischen offizieller Registrierung und dem Wahltermin im November nur wenig Zeit, einen effektiven Wahlkampf vorzubereiten. Diese Zeit nutzten die meisten der 885 Kandidaten, um Banner und Poster zu drucken und an prominenten Stellen anzubringen. Dabei zeigte sich, dass finanziell vermögende Kandidatinnen und Kandidaten klar im Vorteil waren, denn schon bei der Registrierung fielen 500 Jordanische Dinar (JD) an – etwa der fünffache monatliche Mindestlohn. Für Ammaner Kandidaten kamen weitere 2.000 Euro Wahlkampfbürgschaft hinzu. Die tatsächlichen Kosten einer Kandidatur überschritten diese Summen jedoch bei weitem. So bezifferte die jordanische Presse die durchschnittlichen Wahlkampfkosten auf rund 100.000 Euro. Besonders in Amman, wo in sieben Wahlkreisen 165 Kandidatinnen und Kandidaten konkurrierten, war der Wahlkampf durch eine Vielzahl von Postern, Bannern und Wahlkampfbzeln allgegenwärtig. Diese Politisierung der öffentlichen Plätze Ammans sollte auch die Wahlbeteiligung anregen.

Die vorherrschende Strategie der Kandidatinnen und Kandidaten war der Wahlkampf auf Basis ihres Familiennamens. So entscheiden viele Wähler nicht auf Grundlage eines Wahlprogramms, sondern aufgrund ihrer persönlichen Nähe zu einzelnen Kandidaten. Entsprechend fanden sich kaum Wahlslogans, die über allgemeine Ankündigungen hinausgingen. Zumeist wurde unermüdlicher Einsatz für die jordanische Bevölkerung, eine Verbesserung

der ökonomischen Situation oder die Einbindung von jungen Menschen in die Gesellschaft in Aussicht gestellt. Themen wie Korruptionsbekämpfung, Frauenrechte oder Beseitigung von Diskriminierungen wurden dagegen kaum angesprochen.

Ein Novum ließ sich dabei allerdings in Ammans hoch politisiertem dritten Wahlbezirk beobachten: Zum ersten Mal fanden in großen Zelten und unter Einbeziehung der Öffentlichkeit politische Debatten zwischen verschiedenen Kandidatinnen und Kandidaten statt. In diesen Diskussionen standen sozio-ökonomische Themen im Vordergrund, jedoch wurde die Debatte auch auf politische Themen gelenkt – erstaunlicherweise von den Zuschauerinnen und Zuschauern. Dies war jedoch die Ausnahme, nicht die Regel. Denn grundsätzlich traf der Wahlkampf trotz großer Sichtbarkeit bei der Bevölkerung kaum auf Interesse. Die Wahlen wurden von vielen Bürgern als demokratische Pflichtübung wahrgenommen, die an den politischen Verhältnissen kaum etwas ändern können. Zudem zeigten Meinungsumfragen, dass es angesichts der schwierigen Wirtschaftslage kaum politische Themen waren, die die Bürger bewegten. Für Schlagzeilen sorgen seit Monaten eher gestiegene Heizöl- und Brotpreise als politische Auseinandersetzungen.

Dauerproblem: Stimmenkauf

Wie zuvor, waren auch in diesem Wahlgang Verstöße in Form von Stimmenkauf, Mehrfachwahl oder Manipulation von Ergebnissen zu beobachten – obwohl König Abdullah II. zuvor ausdrücklich saubere Wahlen eingefordert hatte. Dabei galten auch auf dem Stimmenmarkt die Gesetze der freien Wirtschaft: Das Angebot fand sich überall, denn viele Wahlberechtigte sahen ihre Stimme angesichts der angespannten Wirtschaftslage notgedrungen als Ware. Die Preise für Stimmen fluktuieren zwischen einigen wenigen und 100 Euro. Als Beweis für die tatsächliche Stimmabgabe für den vereinbarten Kandidaten diene dabei zum Beispiel ein

mit dem Mobiltelefon geschossenes Foto des Stimmzettels, das dem Stimmenkäufer nach der Wahl präsentiert wurde. Dieser Kauf von Stimmen durch liquide Kandidaten wurde dadurch interessant, dass Wähler in andere Wahlbezirke transferiert werden konnten. Über einige Ammaner Kandidaten wird berichtet, dass sie massenweise Personalausweise einsammelten und diese auf ihren Wahlbezirk umschreiben ließen. Teilweise durften auch Personen wählen, die keinen Wahlbezirk in ihrem Ausweis eingetragen hatten, was ebenfalls als Verstoß gegen das Wahlgesetz zu werten ist. Besonders schwerwiegend war der Vorwurf, dass Stimmenkauf sogar direkt vor den Wahllokalen stattfand. Dies könnte auf den ungeklärten Status von Wahlbeobachtern zurückzuführen sein, denn im Vorfeld gab es eine erhebliche Kontroverse um die Überwachung durch unabhängige jordanische Nichtregierungsorganisationen.

In letzter Minute: Doch keine unabhängige Wahlbeobachtung

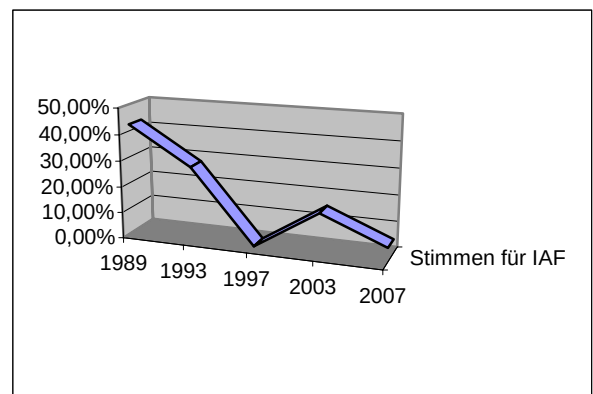
Ursprünglich hatte die Regierung einer Allianz aus unabhängigen jordanischen Nichtregierungsorganisationen zugesagt, die Wahlen uneingeschränkt beobachten zu können. Je näher der Wahltermin rückte, desto stärker wurden die Rechte dieser *Jordanian Coalition for Civil Society Organisations* jedoch eingeschränkt. Zugesagt wurde zuletzt nur ein „Follow up“, das außerhalb der Wahllokale stattfinden hatte. Unter solchen Auflagen verzichtete die *Jordanian Coalition* auf eine Beobachtung der Wahlen und wandte sich unter schärfstem Protest in einem offenen Brief an den König. Dieser wurde zwar in keiner einzigen jordanischen Zeitung veröffentlicht, zeigte aber offenbar dennoch – zumindest ansatzweise – Wirkung. Einige Tage später entschuldigte sich die Presse – augenscheinlich unter Regierungsdruck – für Fehlinformationen über nicht stattfindende Wahlbeobachtung und verkündete enthusiastisch eine umfassende Beobachtungsmission durch NGOs – wohlgedemerkter unter dem Schirm des regierungsnahen

National Centre for Human Rights. Das Ziel dieses Vorgehens war klar. Es ging um ein Signal der Transparenz nach außen. Und dieses Signal wurde gehört: So verwies die Stellungnahme des US-Botschafters einen Tag nach den Wahlen ausdrücklich auf „unabhängige nationale Wahlbeobachter“, obwohl von tatsächlich unabhängigen Beobachtern keine Rede sein konnte.

Einbindung vor dem Aus? Das Wahlergebnis der Islamisten

Bislang galt Jordanien im regionalen Vergleich als ein Beispiel für die zumindest teilweise gelungene Integration islamistisch argumentierender Gruppen in den politischen Prozess. Das jüngste Wahlergebnis stellt die Fortsetzung dieser Politik nun erheblich in Frage. Dabei entspricht das Ergebnis grundsätzlich einem allgemeinen Trend, denn die Wahlergebnisse der Islamisten haben sich, wenn sie an den Wahlen denn teilnahmen, seit Jahren stetig verschlechtert: 1989 gewannen sie noch fast die Hälfte der Parlamentssitze, während die aktuellen sechs Mandate einen neuen Tiefpunkt markieren (siehe Abbildung 2). Besonders schmerzlich für die IAF: Nicht einmal in ihren traditionellen Hochburgen Zarqa und Irbid konnte sie sich durchsetzen. Doch wie kam es zu dieser Niederlage?

Abbildung 2: Anteil der Stimmen für die IAF 1989 bis 2007



Die IAF selbst sieht die Ursache ihrer Verluste sowohl in Manipulationen als auch in den Besonderheiten des jordanischen

Wahlrechts und dem Zuschnitt der Wahlkreise begründet. Obwohl diese Argumentation stichhaltig ist, kann sie das Ergebnis nicht hinreichend erklären: Strukturelle Gegebenheiten können schon deshalb nicht allein ausschlaggebend sein, da sie auch 2003 in Kraft waren, als die IAF deutlich besser abgeschnitten hatte.

Die jordanischen Medien machen derweil als Gründe für die Verluste eher interne Flügelkämpfe innerhalb der IAF, die Performance der IAF im Parlament, nicht eingelöste Wahlversprechen sowie Terror- und Islamisierungsangst nach den Amman-Anschlägen 2005 verantwortlich. Obwohl diese Faktoren durchaus eine Rolle gespielt haben, ist die eigentliche Ursache des mageren Abschneidens vielmehr in zwei Faktoren zu erkennen:

Zunächst hatte die IAF im Hinblick auf den unsauberen Verlauf der Kommunalwahlen und ihren Last-Minute-Boykott deutliche Schwierigkeiten, ihre Stammwählerschaft erneut zur Stimmabgabe zu mobilisieren. Interne Auseinandersetzungen in Folge des Boykotts waren da nicht eben hilfreich. Entscheidend zu Buche schlug jedoch eine vertrauliche Absprache der IAF mit der Regierung. Im Vorfeld der Wahlen hatte sich die Führungsriege der IAF hinter verschlossenen Türen mit Premierminister Bakhit getroffen und zugesagt, lediglich mit 22 Kandidaten ins Rennen zu gehen. Ein Wahlsieg der IAF – und somit eine Wiederholung des Debakels, das dem Sieg der Muslimbrüder in den Palästinensischen Autonomiegebieten folgte – war somit von vornherein ausgeschlossen. Zweiter Kernpunkt dieses informellen Deals mit der Regierung war augenscheinlich das Aufstellen einer IAF-Kandidatenliste, die lediglich gemäßigte Kandidaten umfasste und altgediente, aber eher radikale Personen ausschloss. Die aufgestellten Bewerber jedoch waren zumeist nicht nur politisch moderat, sondern auch in ihren Wahlkreisen weitestgehend unbekannt. Dass sie dort auf wenig Gegenliebe stießen, kann deshalb nicht überraschen. Diese Differenzen zwischen Parteibasis und der von oben verordneten Kandidatenliste wurden im Vor-

feld der Wahlen deutlich sichtbar, die Parteiführung setzte sich jedoch unnachgiebig gegen die Bedenken der Basis durch.

Die Wahlniederlage der IAF ist somit nicht *per se* als Niederlage des Politischen Islam zu verstehen, wie es einige Beobachter gerade in den deutschen Medien interpretieren. Obwohl es zweifellos eine Abwendung vieler Wähler von der IAF gegeben hat, die von der Performance der Partei enttäuscht waren und daher tribalen Kandidaten ihre Stimme gaben, dürften zahlreiche Wähler ihre Unterstützung der IAF eingestellt haben, weil sie sich von der moderaten Liste der IAF kaum noch repräsentiert sahen. In jedem Fall birgt die jetzige Situation ein erhebliches neues Gefahrenpotential: Wird die IAF nun politisch marginalisiert, dürfte dies langfristig ein Erstarken extremerer Positionen zur Folge haben.

Die Wahlen und Frauen

Die gute Nachricht zuerst: Fast 50 Prozent der registrierten Wahlberechtigten waren Frauen – in einigen Teilen des Landes machten Frauen von ihrem Wahlrecht sogar in stärkerem Umfang Gebrauch als Männer. Auch ist positiv zu beurteilen, dass eine Vielzahl von Frauen bei den Wahlen kandidierte: Immerhin 199 Frauen bewarben sich um einen Parlamentssitz – dies ist ein Anteil von fast 23 % weiblicher Kandidaten.

Die ernüchternde Nachricht: Von diesen 199 Frauen konnte sich nur eine einzige gegen die männlichen Konkurrenten durchsetzen. Bei einer weiteren Kandidatin fehlten lediglich 14 Stimmen, um das Mandat direkt zu gewinnen. Diese Kandidatin und fünf weitere konnten jedoch über die 2003 eingeführte Frauenquote ins Parlament einziehen, so dass nun sieben der 110 Abgeordneten weiblich sind. Die Repräsentation von Frauen hat somit einen neuen Höchststand erreicht – mit 6,4 Prozent.

Durchaus kritisch ist neben der Anzahl der weiblichen Abgeordneten im Rückblick auf das vergangene Parlament auch die Arbeit

der weiblichen Abgeordneten zu sehen. Die Frauenquote favorisiert Kandidatinnen aus ländlichen und stimmenarmen Gebieten, da bei der Aufstellung der Quotenliste lediglich der prozentual erhaltene Stimmenanteil im Wahlkreis zählt. So erhielten in der letzten Legislaturperiode sechs Frauen einen Parlamentssitz, die stark ländlich und traditionell geprägt waren. Gerade jordanische Frauenorganisationen wie die *National Jordanian Federation of Women* beklagten daher immer wieder, dass die gewählten Frauen sich *gegen* eine stärkere Partizipation von Frauen stark gemacht hätten.

Von den nun gewählten sieben weiblichen Abgeordneten sind vier neu im Parlament, drei verfügen über intensive Verbindungen zu Frauenorganisationen. Ursache dieser durchaus mageren Erfolgsbilanz für die 199 Kandidatinnen ist nach wie vor die Tatsache, dass viele Frauen noch immer nicht frei wählen können. Vielmehr sind sie weiterhin an die Wahlentscheidung ihres Ehemannes oder anderer männlicher Familienangehöriger gebunden – und diese sehen die Partizipation von Frauen tendenziell weiterhin kritisch. So verweist eine im Oktober von UNIFEM veröffentlichte Studie zu „Jordanians' Participation in Politics“ darauf, dass zwei Drittel der Befragten Frauen als für politische Ämter kaum geeignet halten. Darüber sollte die auf den ersten Blick umfangreiche Kandidatinnenanzahl nicht hinwegtäuschen.

Zu bedenken ist auch, dass viele Familien lediglich dann eine Frau ins Rennen schicken, wenn ein männlicher Kandidat keine Aussicht auf Erfolg hat. In dieser Situation erweist sich die Frauenquote als Alternati-

ve, denn über diese kann ein Mandat mit einer relativ geringen Stimmenzahl errungen werden.

Halb voll oder halb leer? Demokratisierung in Jordanien

Was bedeuten die Wahlen für den seit einiger Zeit stagnierenden Demokratisierungsprozess in Jordanien? Grundsätzlich sind die jordanischen Parlamentswahlen im arabischen Kontext tatsächlich als *vergleichsweise* frei und fair zu bezeichnen.

Als erhebliches Hindernis für einen tief greifenden Demokratisierungsprozess erweist sich mittlerweile jedoch die erhebliche Angst vor einer Islamisierung des Landes. Diese Besorgnis wurde durch den Wahlsieg der Hamas und die Entwicklungen in Gaza erheblich geschürt und legitimiert nun für weite Teile der jordanischen – aber auch der internationalen Öffentlichkeit – jede Verlangsamung des Demokratisierungsprozesses. Statt auf Öffnung und Partizipation zu setzen, zieht sich die Regierung vielmehr auf „bewährte“ Mechanismen der Kontrolle zurück, die unbeliebte Symptome zwar kaschieren, aber langfristig nicht zu einer Stabilisierung des Landes beitragen können. Je stärker Jordanien dabei vorbehaltlos als demokratischer Leuchtturm des Nahen Ostens gelobt wird, desto umfassender schwinden politische Anreize, weiterführende demokratische Reformen durchzuführen. Genau diese Fortsetzung einer Demokratisierung läge im eigentlichen Interesse des Landes – ein Anzeichen hierfür waren die Parlamentswahlen jedoch nicht.

Ansprechpartner: Achim Vogt, Tel: 030 – 26 935-717, E-Mail: achim.vogt@fes.de

Friedrich-Ebert-Stiftung, Internationale Entwicklungszusammenarbeit, Referat Naher/Mittlerer Osten & Nordafrika, Hiroshimastr. 17, 10785 Berlin.

Sie finden den Kurzbericht zum Herunterladen sowie Informationen zur Arbeit der FES in der Region auf <http://www.fes.de/nahost>.